Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, ¼jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günz & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 29 — Mittwoch, den 9. März 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

Der in der Bekanntmachung vom 4. d. M. angegebene Preis von 75 Pfg. für die in der Woche vom 7. bis 13. März zu verteilenden 30 g Butter bezieht sich nur auf die Butter, die vor dem 7. d. M. aufgekauft und zur Verteilung ausgegeben worden ist. In den Orten, in denen die vorgenannte Menge von der nach dem 6. d. M. aufzukaufenden Butter zum Verkauf gelangt, beträgt der Preis für 30 g 1,10 Mk.

Grimma, den 7. März 1921. 112c Fe.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Für ½- bis 2jährige Kinder werden gute Dauerpflegestellen in gesunden Familien gesucht. Meldungen mit Angabe der Ansprüche sind bis 15. März einzureichen bei der

Amtshauptmannschaft Grimma.
Wohlfahrtsamt.

Grimma, 4. März 1921.

Donnerstag, den 10. März 1921, vormittag 11 Uhr soll im Gasthaus „Stadt Leipzig" in Naunhof als Versteigerungsort

1 Herrenzimmereinrichtung

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 7. März 1921. Q 602/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Alliierten sollen sich geeinigt haben, von Deutschland feste Jahresraten von drei Milliarden Goldmark für die Dauer von 30 Jahren zu verlangen und eine Abgabe von 30 Prozent auf die deutsche Ausfuhr zu legen.

* Die deutsche Delegation in London beantragte Vertagung der Entscheidung bis Donnerstag, um neue Pläne vorzulegen.

* Die Wahlen zum Landtag des Freistaates Gotha ergaben für die vereinigten Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Demokraten 36 058 Stimmen, für die Mehrheitssozialisten 4083, für die Unabhängigen 6993 und für die Kommunisten 21 339 Stimmen.

* Der Aufstand in Rußland gegen die Sowjetregierung soll andauern und an Ausdehnung gewinnen.

London.

Über den Stand der Verhandlungen in London zwischen den Alliierten und der deutschen Delegation, wie er sich am Montag, 7. März, in den Nachmittagsstunden übersehen ließ, wurde uns aus Berlin von unterrichteter Seite geschrieben:

Ein Tag der Entscheidung, glaubte man, würde mit dem Beginn der neuen Arbeitswoche gekommen sein. Es scheint aber, daß das letzte Wort auch heute noch nicht in London gesprochen werden wird. Ein Sonntag voller Aufregungen, voller Fahrten und Verhandlungen, von denen die Berichte aus der britischen Hauptstadt gar nicht genug zu sagen wissen, liegt hinter uns — und es will für englische Lebensverhältnisse schon etwas sagen, wenn die Heiligkeit des biblischen Ruhetages weltlichen Geschäften weichen muß. Lloyd George hatte sich zwar zum Wochenende, wie üblich, auf seinen Landsitz zurückgezogen, aber auch dort erreichte ihn die Brandung der Geschäfte. Er mußte sowohl mit seinen eigenen Ministerkollegen wie mit den alliierten Staatsmännern und Delegierten Sitzungen abhalten, wie auch den deutschen Bevollmächtigten Herrn Dr. Simons zu unmittelbarem Gedankenaustausch empfangen. Hatte er doch selber den Zeitpunkt, bis zu dem Deutschland sich entscheiden mußte, auf Montag mittag um 12 Uhr festgesetzt (später auf 5 Uhr nachmittags verlegt), und so durfte er nicht gut die Schuld dafür auf sich nehmen, daß von dieser kurz bemessenen Frist noch 24 oder gar 36 Stunden ungenutzt blieben.

Auch in Berlin ging es an diesem Sonntage ungewöhnlich hoch her. In der Reichskanzlei folgte eine Kabinettsitzung der anderen, und auch der Reichspräsident Ebert mußte an diesen Besprechungen, deren Wichtigkeit kaum noch überboten werden kann, persönlich teilnehmen. Dazwischen drängten sich die Zusammenkünfte der Sachverständigen an die Befragung der Parteiführer, und der rege Depeschenwechsel mit London brachte jeden Augenblick faßt neuen Beratungsstoff herbei. Oft genug wechselten die Stimmungen, je nachdem die Möglichkeiten einer Verständigung zu wachsen oder zusammenzuschrumpfen schienen — bis schließlich aus der wirren Fülle der Hoffnungen und Befürchtungen sich ein fester Kern herausschälen ließ: in London sind neue deutsche Gegenvorschläge aufgestellt worden, auf die man sich vielleicht mit der Entente wird einigen können. Über ihren Inhalt bekam man alsbald wieder die wildesten Vermutungen zu hören, denen nur das eine gemeinsam war, daß man sich mit einem neuen Provisorium begnügen wolle etwa für die nächsten 5 Jahre, das den Franzosen für diese Zeit ungefähr das geben sollte, was sie in den Pariser Beschlüssen verlangten, die weiteren Abmachungen aber danach neuer Beschlußfassung überlassen wollten, wobei dann die bis dahin entwickelte Leistungsfähigkeit Deutschlands gebührend berücksichtigt werden könnte. In diesen fünf Jahren sollten der Entente 15 Milliarden Goldmark gezahlt und sollten ferner an Stelle der zwölfprozentigen Ausfuhrabgabe nach Lloyd Georges Vorschlag 50 Prozent vom Kaufpreis der deutschen nach alliierten Ländern verkauften Waren für die Wiederherstellungskasse einbehalten werden. Aber kaum hatten die Alliierten diesen erweiterten Vorschlag der Deutschen in Händen, als sie ihn für unannehmbar erklärten. Ob hierbei von ihrer Seite Herrn Dr. Simons gegenüber in jeder Beziehung loyal verfahren worden ist oder nicht, läßt sich heute noch nicht erkennen. Jedenfalls waren sie ihrerseits nunmehr überraschend schnell mit Gegenvorschlägen zur Stelle, die wohl als ihr allerletztes Wort zu gelten haben. Danach wird der Zeitraum für die Abtragung der deutschen Kriegsschuld von 42 Jahren auf 30 zusammengezogen, wie der Friedensvertrag es vorschreibt. Jährliche Abzahlungssumme: drei Milliarden. Da das aber „nur" ein Gesamtbetrag von 90 und nicht, wie man es sich in Paris herausgerechnet hatte, von 226 Milliarden ergibt, soll als Ausgleich dafür die Ausfuhrabgabe vom Wert der in Deutschland gekauften Waren von 12 auf 30 Prozent erhöht werden, und endlich soll die Wiederherstellungskommission feststellen, was Deutschland bereits gezahlt hat und wie diese Zahlungen auf die von ihm geforderten Geldleistungen anzurechnen sind — feststellen an der Hand des Pariser Abkommens, bei dem bekanntlich auf die bisherigen deutschen Leistungen gar keine Rücksicht genommen war.

Hier scheint also abermals so etwas wie ein Kompromiß zwischen den englischen und französischen Auffassungen vorzuliegen. Ob es sich innerhalb des Rahmens der deutschen Leistungsfähigkeit hält, muß nun in Berlin auf das sorgfältigste nachgeprüft werden. Bis jetzt überwiegt die Anschauung, daß davon gar keine Rede sein könne, und daß infolgedessen mit dem endgültigen Scheitern der Londoner Verhandlungen zu rechnen sei. Doch soll, da hierüber zwischen Vor- und Nachmittag volle Gewißheit unmöglich zu beschaffen ist, Herr Dr. Simons in London um Vertagung der Entscheidung bis zum nächsten Donnerstag vorstellig werden. Auf jeden Fall hat man es für richtig befunden, auf Grund der Erfahrungen dieser Tage, seine Vollmachten ziemlich eng zu begrenzen, und es wird gar kein Hehl daraus gemacht, daß man sich einer sehr ernsten Lage gegenüber befindet. Die Neigung, entgegen den Warnungen aller Sachverständigen, aus politischen Gründen das Maß unserer Zugeständnisse weiter zu ziehen als verantwortet werden kann, schwindet, soweit sie hier und da zu bemerken war, immer mehr, die Entschlossenheit, es lieber jetzt zur Katastrophe kommen zu lassen, als sich jeden Tag von neuem dem Vorwurf der Vertragsverletzung auszusetzen, drängt immer sieghafter alle Bedenken zurück. Kommt es in London zur Vertagung bis Donnerstag, dann ist allen noch eine letzte Frist zu vernünftiger Überlegung gegeben, bleibt sie ungenützt, dann wird wenigstens das deutsche Volk von sich sagen können, daß es kein Mittel unversucht gelassen hat, um die Hand zur Verständigung zu bieten. Die Verantwortung für alle Folgen, die dann unfehlbar eintreten müssen, fällt auf unsere Feinde.

Der neue Plan der Alliierten.

Das amtliche französische Bureau Agence Havas verbreitet einen Bericht seines Sonderberichterstatters in London. Danach stellt sich der neue Plan der Alliierten wie folgt dar:

1. Feste Jahresraten von 3 Milliarden Goldmark für die Dauer von 30 Jahren anstelle der vorgesehenen 42 Jahre, 2. Erhebung einer Abgabe von 30 Prozent auf die deutsche Ausfuhr, die durch die Einfuhrländer vorzunehmen ist mit einem festen Mindestsatz und genügender Sicherheit. Diese Abgabe könnte nach 5 Jahren 6 bis 8 Milliarden Goldmark einbringen. Was den verbleibenden Restbetrag betrifft, d. h. den Unterschied zwischen der Gesamtsumme der festen Jahreszahlungen des Pariser Planes zuzüglich der 12prozentigen Ausfuhrabgabe einerseits und der Gesamtsumme der 30 Jahresraten des neuen Planes zuzüglich der 30prozentigen Ausfuhrabgabe andererseits, so würde man in Gemäßheit des Artikels 234 des Vertrages von Versailles es der Reparationskommission überlassen, den Wert und die möglichwerdenden Ausgleichsleistungen festzustellen, um den Betrag des Pariser Abkommens voll zu machen, nachdem sie erst den Gesamtbetrag des den Alliierten geschuldeten Schadenersatzes festgestellt haben wird.

Diese Lösung bezeichnet Agence Havas im wesentlichen als den Pariser Entschlüssen gleichwertig.

Unterredungen mit Dr. Simons.

Reichsminister Dr. Simons gab den Vertretern der alliierten Presse in London Erklärungen ab, bei denen er sagte:

Wir sind im Begriff, in aufrichtigster Weise Mittel zu suchen, um die Frage zu lösen und einen Weg zu finden, der zur Verständigung führen kann. Ich wiederhole, daß wir bereit sind, bis an die Grenze des Unmöglichen zu gehen, und daß wir von dem besten Willen beseelt sind. Denn das ist ja die Grundbedingung für jedes Abkommen. Aber Sie werden zugeben, daß unser gute Wille eine Grenze hat an unserer Leistungsfähigkeit und unseren Hilfsquellen. Der Vertrag selbst erkennt das an. Außerdem sind die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit so, daß die Zusammenarbeit aller Länder notwendig ist, wenn sie gelöst werden sollen, und die Entschädigungsfrage ist dabei ohne allen Zweifel ein beherrschender Faktor. Wir haben nur unsere Arbeitskräfte und unsere Produkte als Zahlungen anzubieten, aber gerade diese beiden Arten und in vielen Fällen nicht wünschenswert für die Länder, die ein Recht auf Wiederherstellung haben, weil sie den Anschein einer Konkurrenz erwecken. Eine eingehende Prüfung ist also notwendig. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien, die in Frage kommen, ist unerläßlich. Unter dieser Bedingung sehe ist wirklich nicht ein, warum eine Lösung nicht gefunden werden könnte.

Keynes über die „Sanktionen".

Vage Anschuldigungen, unweises Vorgehen.

Der durch seine unparteiischen Veröffentlichungen über den wirklichen Stand der deutschen Leistungsfähigkeit bekannte Engländer Keynes hat sich durch den wütenden Haß, mit dem besonders französische Beutepolitiker über ihn herfielen, nicht beeinflussen lassen. Auch heute wieder erhebt er seine sachverständige Stimme zur Warnung vor einem Vorgehen in französisch-chauvinistischem Sinne, das sowohl hüben wie drüben nur Verderben zeitigen könne. Keynes sagt in einer Veröffentlichung im „Manchester Guardian":

„Wir haben Forderungen an die Deutschen gestellt, von denen wir wußten, daß sie sie unmöglich erfüllen können. Die Deutschen haben mit Vorschlägen geantwortet, welche in der entgegengesetzten Richtung irregehen. Ein gerechtes Ergebnis hätte nur erzielt werden können durch eine Besprechung von Fragen wie, ob wir Deutschland erlauben und es ermutigen wollen, einen großen Exporthandel zu entwickeln, weiter, wieweit wir Bezahlung in natura annehmen können und Deutschland anbieten kann, und schließlich über die Grundsätze, nach denen die Bewertung solcher Bezahlungen in natura stattfinden soll.

Keynes wendet sich den drei angeblichen deutschen Verfehlungen gegen den Vertrag zu und meint, bezüglich der Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher und der Entwaffnung sei der Vertrag selbst schon durch eine Vereinbarung abgeändert worden, und bei der Schwierigkeit der Materie könne er sich wohl denken, daß zum mindesten in einigen technischen Punkten die Deutschen ihre Verpflichtungen nicht buchstabengetreu erfüllt haben. Bei der Zahlung der 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai kann nach Keynes Ansicht der einzige Verstoß darin bestehen, daß Deutschland nicht die Lieferungen gemacht hat, die von der Reparationskommission verlangt worden sind. Der einzige bedeutsame Verstoß beziehe sich auf die Kohlenlieferungen. Es sei das festgestellt worden, daß sich Deutschland mit 2 bis 5 Prozent bezüglich des Spa-Abkommens im Rückstande befindet. Der Betrag ist geringfügig, und es wird allgemein zugeben, daß rund heraus gesagt, Deutschland die Spaer Verpflichtungen bezüglich der Kohlenforderungen erfüllt. Nehmen wir an, daß Verstöße gegen den Friedensvertrag in Einzelpunkten des Angeführten vorgekommen sind, was sind wir, fragt Keynes, berechtigt, zu tun? Ich hätte gedacht, es wäre unsere Pflicht, unsere Anschuldigungen ganz genau festzustellen, und, wenn Strafmaßnahmen angedroht waren, diese abhängig zu machen davon, daß die Deutschen es unterlassen, diesen Anschuldigungen abzuhelfen. Aber sind berechtigt, vage Anschuldigungen auszusprechen und dann Strafmaßnahmen anzudrohen, wenn nicht Deutschland seine Zustimmung dazu gibt, etwas zu tun, was mit den Beschuldigungen nichts zu tun hat? Das ist eine Frage des internationalen Rechts und, was noch bedeutsamer ist, der internationalen Moral. Die vorgeschlagene Methode würde darauf hinausgehen, den Vertrag so gut wie vollständig zu zerreißen und ihn zu ersetzen durch eine von Zeit zu Zeit erfolgende Anwendung von Gewalt, um diese oder jene Forderungen durchzusetzen. Aber selbst, wenn das eine gerechte Art des Vorgehens wäre, ist diese Art weise? Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, ob wir die Absicht haben, die Bezahlung dessen, was Deutschland leisten kann, sicherzustellen oder seine bestehende Schwäche zu verewigen. Welche Wirkung würden die von den Alliierten beabsichtigten Maßnahmen für die Reparation haben? Die strafweise Einbehaltung eines Teiles des Erlöses der deutschen Exportwaren würde letzten Endes von den Alliierten selbst bezahlt werden, und die Beschlagnahme der Zölle könnte dazu führen, daß die Alliierten sich im Besitz der Schiffsladungen deutschen Papiergeldes befinden, von denen Lloyd George neulich so beredt im Unterhause gesprochen hat. Die schwere Bedeutung der Mitteilung der Alliierten beruht zum Teil darauf, daß wir uns dazu hergeben, die französische Politik, die dahin geht, die Rheinlande von Deutschland zu trennen, selber zu fördern, und zum andern Teil in der Geringschätzung der notwendigen Form- und Rechtsvorschriften.

Es scheint, daß wir in noch ausgedehnterem Maße dieselbe Politik wie in Irland einzuschlagen beabsichtigen und sie mit denselben Worten rechtfertigen. Dieselbe Geistesverfassung und dieselbe Moral ist verantwortlich für die letzten Vorgänge in Irland, und wenn man darin verharrt, so wird sie zu demselben Unheil führen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Friedlicher Ausgleich in Oberschlesien.

Auf Ersuchen der Polen in Rosenberg wurde durch den interalliierten Kreiskontrolleur ein deutsch-polnisches